



Alfred Roth: ver.di und die Digitale Transformation
Christoph Ehlscheid: Ringen um die Aktienrente

Beiträge u.a. von Ulrike Eifler, Susanne Ferschl, Jan Richter, Göran Therborn, Christoph Spehr, Lutz Brangsch, Hinrich Kuhls, Hartmut Reiners, Roland Kulke, Mario Keßler



Forum Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Neue Bankenpleiten und das Finanzsystem

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck propagiert in Sachen Bankenkrise Entwarnung: Nach der am Wochenende organisierten Übernahme der in Schieflage geratenen Credit Suisse durch die UBS gebe es keinen Anlass zur Beunruhigung. [...]

Eskalation der Rentenproteste in Frankreich

Für Staatspräsident Emmanuel Macron gibt es nach den überstandenen Misstrauensanträgen gegen die Ministerpräsidentin keinen Grund zur Kabinettsumbildung, Auflösung des Parlaments oder einem Referendum. In der Rentenfrage kennt er nach eigenem Bekunden »kein Bedauern und keine Skrupel«. [...]

Ausverkauf bei Galeria Karstadt Kaufhof

Galeria Karstadt Kaufhof macht 52 Filialen dicht, über 5.000 Beschäftigte werden ihren Job verlieren. Nach dem Schließungs-Schock kündigt ver.di massiven Widerstand an, attackiert den Skandal und mobilisiert bundesweit Proteste gegen das Aus der Kaufhäuser. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Klimaalarm

Björn Radke: Weltklimarat: Klimawandel entschärfen 2
Joachim Bischoff/Björn Radke: Umweltschäden mindern
deutsche Wirtschaftsleistung 5

Verteilungs- & Wahlkämpfe

Bernhard Müller: Inflation provoziert Verteilungskonflikte 9
Christoph Spehr: Der lange Schatten Berlins. Landtagswahl in Bremen:
Bewährungsprobe für Rot-Grün-Rot und für DIE LINKE 15
Hartmut Reiners: Krankenhausreform – Schwerpunkte und Hindernisse 20

Neue Welt(un)ordnung

Lutz Brangsch: Russländische Linke in der Vielfalt der Oppositionen 24
Roland Kulke: Das hindunationalistische Projekt in Indien 28
Hinrich Kuhls: 25 Jahre Friedensprozess in Nordirland
Vom Belfast Vertrag zum Windsor-Rahmenabkommen 33

Forum Gewerkschaften

Karl Wolff: Wenn die Basis aufbegehrt
Studentische Beschäftigte im Arbeitskampf 38
Christoph Ehlscheid: Ringen um die Aktienrente 41
Richard Detje/Otto König: Gute Arbeit im Krisenjahrzehnt. Einblicke
des DGB Index Gute Arbeit in die Wahrnehmung der Arbeitsgesellschaft 42
Alfred Roth: Digitale Transformation in Zeiten der Vielfachkrise
Herausforderungen für die ver.di-Fachgruppe Druck, Verlage, Papier
und Industrie 45

Die Linke im 21. Jahrhundert

Göran Therborn: Die Herrschaft der herrschenden Klasse und ihr Wandel
Die Linke im 21. Jahrhundert vor neuen Herausforderungen 49
Joachim Bischoff: Neue Betriebsweise und Umwälzung
der Weltordnung im 21. Jahrhundert 53

Erinnerung | Debatte

Mario Keßler: Heldentum und Tragik
Zum 125. Geburtstag von Paul Robeson 58
Ulrike Eifler/Susanne Fersch/Jan Richter: Die Zukunft der Linkspartei 64

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum 67
Tipps zum Hingehen oder Online 68
Klaus Schneider: Tár (Filmkritik) 69

Supplement

Benjamin-Immanuel Hoff: **Über die Praxis linken Regierens**
Die rot-rot-grüne Thüringen-Koalition

Der lange Schatten Berlins

Landtagswahl in Bremen: Bewährungsprobe für Rot-Grün-Rot und für DIE LINKE

von ■ Christoph Spehr

Zwei Monate vor der Landtagswahl am 14. Mai 2023 ist völlig offen, wie es im Bundesland Bremen danach weitergehen wird. Seit 2019 regiert hier eine Regierungskoalition aus SPD, Grünen und LINKE – die erste in einem westdeutschen Bundesland und neben Thüringen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern eine von vier Regierungsbeteiligungen der LINKEN. Nachdem die SPD in Berlin das Projekt Rot-Grün-Rot fallen lässt und sich für eine Große Koalition unter Führung der CDU entschieden hat, erhöht sich die bundesweite Bedeutung der Bremen-Wahl. Bleibt eine Mitte-Links-Zusammenarbeit eine machtfähige Option, oder ist sie angesichts der veränderten politischen Großwetterlage aktuell zu einem Auslaufmodell geworden? Kann

die LINKE sich gegen den bundesweiten Trend behaupten?

Vor einem Jahr sah alles noch deutlich anders aus. Umfragen zeigten für die rot-grün-rote Regierungskoalition hohe Zustimmungswerte und für die bürgerliche Opposition ein chancenloses Bild. Der Regierung wurde bescheinigt, das Land gut durch die Corona-Krise geführt zu haben. Die Zustimmung für die Grundanliegen der Mitte-Links-Regierung (Klimawende, sozialer Zusammenhalt, Modernisierung der Wirtschaft, offene Gesellschafts- und Migrationspolitik) war gegeben. Die SPD hatte sich von ihrem historischen Tief, auf dem sie 2019 erstmals hinter die CDU gefallen war, erholt und würde ihre alte Vorrangstellung wieder herstellen. Die Frage war eher, ob der Erfolg der rot-grün-ro-

ten Regierungskoalition dazu führen würde, dass die LINKE ihre Regierungsbeteiligung verliert, weil es – anders als 2019 – auch für SPD und Grüne alleine reichen würde.

Dieses Bild hat sich massiv verändert. Das gilt auf der Oberfläche der Umfragen, aber es gilt auch für die darunter liegende Stimmungslage. Zwar gibt es immer noch keine Wechselstimmung. Aber der Schatten der Berlin-Wahl und der darauffolgenden Verschiebung der politischen Landschaft fällt auch auf Bremen.

Die jüngsten Umfragen sehen die SPD nur noch knapp vor der CDU. Der Umfrage-Höhenflug von SPD und Grünen ist beendet, auch wenn beide noch

Christoph Spehr ist Landessprecher der Partei DIE LINKE in Bremen.



Foto: picture alliance/dpa

leicht zulegen würden gegenüber 2019. Die LINKE steht unverändert bei 8% wie vor einem Jahr – was anderswo gut klingen würde, aber in Bremen Verluste gegenüber 2019 bedeuten würde, als sie mit 11,3% erstmals zweistellig wurde. Die CDU zieht an und kann wie in Berlin Proteststimmen auf sich ziehen. An die Stelle der Frage: »Reicht es auch ohne die LINKE?« ist die öffentliche Diskussion getreten: »Kommt auch in Bremen die Große Koalition?« Völlig unübersichtlich wird die Lage durch die weiteren Parteien. Die FDP könnte an der Fünfprozent-Hürde scheitern. Die AfD, die völlig zerstritten ist und zwei konkurrierende Wahllisten eingereicht hatte, ist vom Wahlausschuss vorerst nicht zugelassen worden. Davon würden neben der CDU vor allem die »Bürger in Wut« profitieren, die bislang nur über den Wahlbereich Bremerhaven im Parlament vertreten waren und es jetzt auch im Wahlbereich Bremen schaffen dürften. Zwei Monate vor der Wahl lässt sich derzeit nur sagen: Alles ist möglich.

Die Welt hat sich in vier Jahren komplett verändert

Hinter diesen unübersichtlichen und sehr instabilen Zahlen liegt eine völlig veränderte politische, ökonomische und psychologische Gesamtlage. Die Wahlen 2019 waren von starken Veränderungserwartungen getragen. Auf der Straße demonstrierte Fridays for Future. Die Gewerkschaften forderten das Ende von 15 Jahren Personalabbau im öffentlichen Sektor. Die Regierungskoalition aus SPD und Grünen hatte sich in 12 Jahren abgenutzt, es war klar, dass sie keine Mehrheit mehr haben würde. Ein Wechsel war zwingend, zu einer neuen, ungewohnten Konstellation – entweder zur ersten Koalition SPD-Grüne-LINKE im Westen oder zu einer Jamaika-Koalition mit CDU-Grüne-FDP. Eine Große Koalition hatte die SPD angesichts sinkender Zustimmungswerte noch im Wahlkampf ausgeschlossen. Die alte Koalition hatte ihre Aufgabe erfüllt, das Bundesland durch eine zehnjährige Haushaltssanierung mit Bundeshilfen zu führen, ohne offensiv soziale Ausgaben zu kürzen, aber eben auch ohne große gestalterische Spielräume. Jetzt kam

eine andere Phase. Die neue Aufgabe hieß, wieder gestaltende Politik zu machen, entlang der Herausforderungen Klima, soziale Spaltung, wirtschaftlicher Strukturwandel und offene Stadtgesellschaft. Die Grünen waren eigentlich gewillt, den Weg einer Jamaika-Koalition zu gehen, wurden aber von der Stimmungslage und von ihrer eigenen Basis überrollt, die eine Entscheidung für Rot-Grün-Rot erzwang.

Vier Jahre später ist unsicher geworden, ob diese Aufgabe so noch trägt. Die Welt hat sich verändert, die Stimmungslage und die Erwartungen sind andere geworden. Gerade als die Corona-Pandemie mehr oder weniger überwunden erschien, folgte der russische Einmarsch in die Ukraine und die Energiepreiskrise, mit bislang unabsehbaren Folgen für Wirtschaft, Baukosten und Lebenshaltungskosten. Es ist spürbar, dass sich die Gestalt und die Regeln der Globalisierung ändern werden, und damit sehr wahrscheinlich auch die Struktur des deutschen Exportmodells. Die Kommunen müssen durch den Krieg mit Zuwanderungszahlen wie 2015/2016 umgehen. Die Energiewende, die in Reaktion auf den Krieg eingeleitet wurde, hat erstmals konkret erahnen lassen, welche enormen sozialen Verwerfungen mit der beschleunigten klimapolitischen Transformation einhergehen werden.

Die Panik, die im letzten Sommer sämtliche Einkommensgruppen erfasst hatte angesichts der drohenden Gas-mangellage und der explodierenden Energiepreise, hat sich durch die letztlich erfolgreichen Gegenmaßnahmen der Bundesregierung inzwischen wieder gelegt. Stattdessen vollzieht sich eine kontinuierliche, ausgebreitete Weitergabe eines höheren Preisniveaus, mit dem die obere Einkommenshälfte klar kommt, die in der unteren Einkommenshälfte aber erst nach und nach in vollem Umfang ankommt. Inzwischen gönnen sich die etablierten bürgerlichen Milieus wieder den Luxus, sich über Baustellen, Staus und fehlende Parkplätze aufzuregen, während sich im Geringverdiener-Milieu der Eindruck verfestigt, dass reale Veränderungen in der stofflichen Energieversorgung mit Belastungen einhergehen, deren soziale Folgen nicht aufgefangen werden.

Angesichts der Erfahrungen mit multiplen, sich überlagernden Krisen, die anscheinend zum neuen Normalzustand werden, wächst eine Stimmung, die Notwendigkeit von Veränderungen zwar nicht grundsätzlich zu bestreiten, diese aber am liebsten erst einmal aufschieben zu wollen. Die Kritik, die in Berlin gegenüber Rot-Grün-Rot immer stärker und dann eben auch wahltechnisch wirksam wurde, ist gleichermaßen konkret wie symbolisch. Es gibt die Unzufriedenheit mit der Verkehrspolitik, der Sicherheitspolitik und dem Verwaltungshandeln. Sie hat aber auch deshalb so viel Resonanz, weil sie gleichzeitig die allgemeinere Haltung transportiert: »Kümmert euch doch erst einmal um das Naheliegende.« Es ist eine schlechende Delegitimierung des Anspruchs, sich klima-, wirtschafts- und migrationspolitisch auf der Höhe der Zeit verhalten zu wollen.

Die Bilanz von Rot-Grün-Rot

Die Bilanz von vier Jahren Rot-Grün-Rot in Bremen ist absolut vorzeigbar. Sie reicht von der Bindung des Mindestlohns an die unterste Entgeltgruppe des öffentlichen Dienstes, der Ausdehnung der Tarifreue bei öffentlichen Aufträgen auf den Dienstleistungsbereich und auf EU-weite Ausschreibungen, über die Verbilligung des Sozialtickets im ÖPNV und die Erhöhung der Sozialwohnungsquote im Neubau auf 30 Prozent, die Förderung von Baugenossenschaften, die Einrichtung eines Drogenkonsumraums, den Einstieg in Housing First, die Ausweitung der außerbetrieblichen Ausbildung, die schrittweise Einführung von Solarpflicht und Begrünungspflicht im gewerblichen und Wohnungsneubau und Bestand, die Kennzeichnungspflicht und das Verbot von »racial profiling« bei der Polizei, bis zu einer bundesweit einmaligen Klimaschutzstrategie. Aus den Ergebnissen einer Enquetekommission, die ausbuchstabieren sollte, wie Bremen bis 2038 klimaneutral werden könnte, wurde ein Plan, der inzwischen mit einem 2,5 Mrd. Euro schweren Klimafonds unterlegt ist, für den die Ausnahme von der Schuldenbremse gezogen wird. Die Bilanz umfasst inzwischen auch eine Reihe von dezidierten Reform-

projekten, die es so bislang noch in keinem anderen Bundesland gibt: der umlagefinanzierte Ausbildungsfonds; eine stichtagsgebundene Altfallregelung für »Papierlose«; ein Landessicherstellungsgesetz als gesetzliche Grundlage, um Einrichtungen zum Schwangerschaftsabbruch im Bedarfsfall zu fördern. Zur Bilanz gehört ein sehr anerkanntes Management der Corona-Krise (dazu später mehr), aber allerdings auch ein deutlich weniger ambitioniertes Herangehen in der aktuellen Energiepreiskrise.

Aus der Liste werden auch die Schwachstellen deutlich. Die versprochene Wende in der Bodenpolitik, mit der Einrichtung einer kommunalen Grundstücksgesellschaft, Flächenankäufen und konsequenter Flächenvergabe in Erbpacht, wurde bislang nicht realisiert. In der Wohnungs- und Mietpolitik fehlt ein entschlossener Ansatz mit kommunalem Rückkauf von Beständen und einer wirksamen Strategie zur Mietpreisdämpfung. Die Bildungspolitik ist damit beschäftigt, die Lücken in der Kita-Versorgung und im Schulneubau irgendwie zu begrenzen. Gegenüber der sozialen Spaltung der Bildungsergeb-

nisse gibt es keine Fortschritte. Auf die fortschreitende Armutsentwicklung, die immer schwierigere Lage von Geringverdiener-Haushalten und den Rückgang sozialer Mobilität gibt es nach wie vor keine überzeugenden Antworten.

Die Basis wird nicht verbreitert

In Wahlergebnis von Berlin wurde deutlich, dass es der rot-grün-roten Koalition nicht gelungen ist, ihre Basis und Akzeptanz in der Gesamtheit der Stadtgesellschaft zu verbreitern – wie es nötig wäre, wenn tiefgreifende Veränderungen in kurzer Zeit wirklich vorgebracht werden sollen. Die Grenzen dieser Akzeptanz zeigten sich stadträumlich und generationsmäßig. Die Zustimmung innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings war hoch, außerhalb niedrig; sie war hoch bei jüngeren Altersgruppen und niedrig bei Älteren.

Alle drei Koalitionsparteien waren aus unterschiedlichen Gründen nicht dazu in der Lage, den gesellschaftlichen Rückhalt für das gemeinsame Projekt zu erweitern. Die Grünen richteten sich darauf aus, einen begrenzten Teil der

Wähler*innenschaft anzusprechen und dort optimale Ergebnisse zu erzielen. Diese Ausrichtung an konkreten Milieus mit einem »grün-affinen« Lebensstil genügt aktuell zur Sicherung von Wahlergebnissen um die 20%, und wird von diesen Milieus auch gesellschaftlich und innerparteilich gefordert. Das Ausgreifen in breitere Teile der Gesellschaft ist damit blockiert. Die SPD ist selbst gespalten in ihrer Haltung und allein deshalb schon nicht in der Lage, größere Teile der Gesellschaft für Veränderungen zu gewinnen, und gleichzeitig glaubhaft zu versichern, dass dies nicht die sozialen Spaltungslinien weiter vertiefen wird. Die LINKE hätte erhebliche Potenziale, breitere Kreise für ein soziales und klimapolitisches Transformationsprojekt zu gewinnen, kann diese aber nicht realisieren, da ihr auf Bundesebene kaum noch Vertrauen entgegengebracht wird.

Ganz ähnlich ist die Erfahrung im Bundesland Bremen. Von den Grünen geht derzeit kein ernsthafter Versuch aus, die Gesellschaft in ihrer sozialen Vielfalt und Breite für die von den Grünen angestrebten Veränderungen zu ge-

VSA: Politische Bücher im Frühjahrsprogramm 2023



Garnet Alps/Carsten Maaß/
Hartmut Meine/ Uwe Stoffregen
Gewerkschaft, ja bitte!
Ein Handbuch für Betriebsräte, Vertrauensleute und Aktive | 4. akt. Ausgabe 2023
480 Seiten | Hardcover |
Abbildungen | EUR 26,80
ISBN 978-3-96488-160-1



Gine Elsner
Impfen für das Dritte Reich
Über Vakzine, Versuche, Verbrechen
228 Seiten | Hardcover | Fotos
EUR 24,80
ISBN 978-3-96488-164-9



Benjamin-Immanuel Hoff (Hrsg.)
Neue Wege gehen
Wie in Thüringen gemeinsam progressiv regiert wird
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
240 Seiten | EUR 16,80
ISBN 978-3-96488-184-7



Andreas Fisahn/Alois Stiegeler/Manfred Braatz
Oben, Unten, rechts und links
Eine etwas andere Einführung in die politische Farbenlehre
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
208 Seiten | EUR 16,80
ISBN 978-3-96488-183-0



Wolfgang Müller
China: neuer Hauptfeind des Westens?
Nach 100 Jahren Erniedrigung will das Land der Welt auf Augenhöhe begegnen
160 Seiten | EUR 14,80
ISBN 978-3-96488-174-8

Das vollständige Frühjahrsprogramm mit zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

www.vsa-verlag.de

winnen, und dialogbereit auf diejenigen zuzugehen, die nicht ohnehin schon überzeugt sind. Entsprechende sozial- und wirtschaftspolitische Ansätze sind in der Partei vorhanden, sind aber eher marginalisiert. Es gibt eine hohe Neigung zum symbolischen Kulturkampf an Punkten, die eher spaltend als verbindend sind: hier die Verkehrsversuche in der Innenstadt, dort die Debatte um eine Schließung des Flughafens. All das drückt sich in der jüngsten Umfrage aus. Nur 19% sind mit der Arbeit der grünen Verkehrs- und Bausenatorin Maike Schaefer zufrieden – aber die wählen alle grün. Das beschreibt die dominierende Strategie der Grünen in Bremen ziemlich gut.

Der SPD gelingt es nicht, sich konsequent und sichtbar für eine andere Strategie der klima- und wirtschaftspolitischen Veränderung einzusetzen, die sich von der grünen Symbolstrategie absetzen würde und stattdessen andere Hebel benennt. In der Praxis dominiert eine Politik des Abmilderns, Abwendens und Aussitzens. Aus dem an sich richtigen Ansatz, dass der Weg zur substanziellen Reduktion der Emissionen im Verkehr über ein stadtweites Konzept führt, das für alle Stadtteile einschließlich der Pendler*innen funktionierende Alternativen aufbaut, folgt relativ wenig konkrete Politik. Sichtbar ist dagegen die Praxis: Mehr Parkplätze erhalten, Weichenstellungen verschieben, im Zweifelsfall doch dem Auto zu seinem vermeintlichen Recht verhelfen. Beide, SPD wie Grüne, reagieren zudem auf die aktuelle Krise völlig anders als auf die Corona-Krise. Die Bereitschaft zu einem entschlossenen »Whatever it takes«-Ansatz ist weitgehend verschwunden. Seit dem Eintritt in die Ampel auf Bundesebene dominiert überdies die Haltung, deren segensreiche Handlungen auf Bundesebene müssten ja wohl reichen. Ein eigenständiges Dämpfen der sozialen Krisenfolgen oder der Mut, den Zugriff staatlichen Handelns strukturell zu erweitern, sind rar geworden.

Das Beispiel der Impfkampagne

An dieser Stelle kommt notwendig die LINKE ins Spiel. Die Lage für sie ist in Bremen in vielerlei Hinsicht mit Ber-

lin vergleichbar. Die beiden linken Senatorinnen, Kristina Vogt für Wirtschaft und Arbeit und Claudia Bernhard für Gesundheit und Frauen, sind außerordentlich beliebt und genießen hohe Anerkennung für ihre Arbeit. Auch bei der Bewertung der Arbeit der einzelnen Parteien schneidet die LINKE gut ab. Ihre Kompetenzwerte bei sozialer Gerechtigkeit, Gesundheit, Bildung und Wirtschaft sind gut. Vogt und Bernhard erhalten viel dezidierten Zuspruch aus Gruppen, die sich bislang nicht mit der LINKEN identifiziert hätten. Es gibt viele, die froh sind und das auch so sagen, dass diese beiden Ressorts in den letzten Jahren in den Händen der linken Senatorinnen waren.

In der Corona-Pandemie waren die beiden linken Ressorts ins Zentrum des Geschehens gerückt und hatten Maßstäbe gesetzt. Mit der mobilen Impfkampagne, die auf Präsenz in den sozial benachteiligten Stadtteilen orientierte, war Bremen im Bundesländer-Vergleich an die Spitze gerückt. Das war für ein Bundesland, das im Bundesländer-Ranking häufig auf den letzten Platz abonniert ist (bei Bildung, Armut, Arbeitslosigkeit, Frauenerwerbsquote usw.), eine schier unglaubliche Erfahrung, die vom notorisch gebeutelten kollektiven Selbstbewusstsein aufgesaugt wurde wie Wasser von einem trockenen Schwamm. In keinem anderen Bundesland ist in der Corona-Krise so viel für den kritischen Bereich der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft getan worden wie in Bremen. Neben zusätzlichen Förderprogrammen des Landes gab es innovative wirtschaftspolitische Ansätze gegen die Krise: In der Innenstadt wurde Leerstand staatlich angemietet und an Pop-Up-Stores und regionale Start-Ups vergeben, der Veranstaltungswirtschaft wurde zentrale Infrastruktur für Streaming und Online-Veranstaltungen angeboten.

Mit beiden Ressorts konnte die LINKE demonstrieren, was linke politische Handschrift bedeutet. Das ist umso wichtiger, als es sich aus der Praxis entwickelt hat und anhand dieser erkennbar wurde. Es gab ja kein Konzept im Schrank, wie mit einer weltweiten Pandemie oder den daran anschließenden Krisen umzugehen wäre.

Am Beispiel der Impfkampagne lässt sich gut zeigen, was diese eigene Herangehensweise ausmacht. Erstens war es eine Form staatlichen Handelns, die sich an Zielen ausrichtete, die wirklich erreicht werden sollten. Der Maßstab war nicht wie im Wohnungsbau: »Wir schaffen die Voraussetzungen für 10.000 neue Wohnungen innerhalb der Legislaturperiode, aber haben es natürlich nicht in der Hand, ob sie auch gebaut werden.« Der Maßstab war: Am Ende soll real eine möglichst hundertprozentige Impfquote stehen. Zweitens konnten dafür eigene, neue Strukturen geschaffen werden, mit eigenem Personal und einem eigenen Budget. Diese Strukturen waren von einer ganz bestimmten Kooperation getragen. Sie vollzogen sich unter staatlicher Leitung, aber unter bewusster Einbindung von Akteuren aus der Privatwirtschaft und den Hilfsorganisationen, also dem Non-Profit-Bereich (»dritter Sektor«). Diese Akteure wurden ausgewählt und eingebunden nach ihrer Bereitschaft und ihrer Kompetenz – es gab keine Ausschreibungen. Und drittens stand im Mittelpunkt die soziale Frage. Als deutlich wurde, dass die Corona-Erkrankungen in der zweiten Welle maßgeblich die sozial benachteiligten Stadtteile trafen, wurden dezentrale Beratungs- und Impfbüros eingerichtet, eine mehrsprachige Öffentlichkeitskampagne mit Plakaten, Broschüren und Videos konzipiert, Multiplikator*innen in unterschiedlichsten sozialen Gruppen gewonnen, Netzwerkstrukturen vor Ort eingebunden, und schließlich die Impfbüros in die Stadtteile geschickt.

Missionsorientierte Politik von links

Rückblickend war das die linke Version dessen, was heutzutage »missionsorientierte Politik« heißt. Das Muster wiederholte sich mit der Kinderambulanz. Als im letzten Winter die kinderärztlichen Praxen durch die Grippewelle und die Personalausfälle überliefen, wurden die bereits stillgelegten Strukturen reaktiviert und für drei Monate eine staatliche Kinderambulanz eingerichtet. In dieser arbeiteten u.a. pensionierte Ärzt*innen, die einzelne Schichten übernahmen.

Möglich war dies, weil in schnellen Verhandlungen mit den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung eine Sondergenehmigung erwirkt wurde. An sich ist eine staatliche Ambulanz nämlich gar nicht möglich und im bestehenden Gesundheitssystem nicht vorgesehen. Das Muster steckt auch im Aufbau der Gesundheits- und Hebammenzentren in den Stadtteilen; im kooperativen Prozess zur Reform der landesweiten Krankenhausstruktur; in der Rückabwicklung von Flächenverkäufen, um stattdessen ein zentrales Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe bei der kommunalen Klinik zu schaffen; oder im geplanten Aufbau von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) als neuer Akteur im niedergelassenen Bereich. Hier regt sich inzwischen auch der Widerstand, mit Warnungen vor einer »soften Verstaatlichung« der Gesundheitsversorgung. Es geht allmählich ans Eingemachte.

Dasselbe gilt auch für die Projekte des linken Wirtschaftsressorts. Am klarsten kommt die Handschrift »missionsorientierte Politik von links« im umlagefinanzierten Ausbildungsfonds zum Ausdruck, der gerade im Parlament beschlossen wird. Nach langen Jahren freiwilliger Vereinbarungen zur dualen Ausbildung, die weitgehend ergebnisfrei waren, wird das Konzept der Ausbildungsumlage in zeitgemäßer Form auf Landesebene aufgegriffen. Hier ist der Widerstand ziemlich massiv: Die Handelskammer hat bereits eine Plakatkampagne und eine Massenpetition aufgelegt, und eine Klage angekündigt. Dabei werden die allermeisten Betriebe vom Ausbildungsfonds profitieren, aus dem zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsprojekte für Betriebe und Auszubildende finanziert werden: Kleinbetriebe sind von der Abgabe ausgenommen, ausbildende Betriebe erhalten einen Zuschuss, eine nennenswerte Belastung ergibt sich unterm Strich fast nur für die Großbetriebe.

Kooperatives staatliches Management war die Formel für das Programm zur Leerstandanmietung, für die Unterstützungsangebote für die Veranstaltungswirtschaft, oder für die Zwischenutzungen für kreative Start-Ups. Es steckt auch in der Grundsatzentschei-

dung dieser Legislaturperiode, nicht mehr auf neue Gewerbeflächen im Grünen zu setzen, sondern vorhandene Gewerbegebiete zu verdichten, gewachsene Gewerbeinseln vor Verdrängung zu schützen, und neue Gewerbegebiete konsequent zu ökologisch nachhaltigen Standorten zu entwickeln. Das große Rad ist bei der klimaneutralen Transformation der Bestandsindustrien zu drehen. Hier koordiniert das Ressort die Anträge im Rahmen der deutschen und europäischen Wasserstoffstrategie. Dass der Airbus-Standort in Bremen gesichert werden konnte, mit einem Commitment sowohl zur Flügelproduktion als auch zum Entwicklungszentrum für das CO₂-neutrale Fliegen und zur Ansiedlung der Repair-Abteilung, passt in dieses Bild.

Aktiver Staat, zielgerichtete Strukturen, kreative Kooperation, soziale Frage im Mittelpunkt: Die Formel ist kaum irgendwo aufgeschrieben, aber sie ist der Praxis präsent, wird mit dem Regierungshandeln der Bremer LINKEN identifiziert, und sie kommt an. Sie ist das, was auch in Zukunft dringend gebraucht würde. Nur: Sie wird sich nicht in ein wirklich gutes Wahlergebnis übertragen.

Die Misere der Bundespartei

Dass die LINKE auf Landesebene von dem leidigen Zustand der Bundespartei gehemmt wird, steht außer Frage. Die Mitteilungen kommen fast täglich: »Ich finde gut, was ihr macht, aber solange Wagenknecht bei euch ist, kann ich euch nicht wählen.« Oder, im Stadtstaat deutlich seltener: »Ich finde gut, was ihr macht, aber es nicht in Ordnung, dass ihr so über Wagenknecht schimpft.« Das Ganze ist zu einer Gespensterdebatte geworden, die man einfach nicht loswird. Dass eine der prominenten Figuren der LINKEN sich von der Partei erklärtermaßen getrennt hat, aber noch bei ihr wohnt, weil es ja praktisch ist und auch Miete spart – das kann man niemand erklären.

Dass die LINKE in Bremen sich nicht um die soziale Frage kümmern würde, sagt niemand. Zu deutlich ist, dass soziale Gerechtigkeit ständig der linke Bezugspunkt ist – in der konkreten Politik,

aber auch in den Auseinandersetzungen der Koalition. Etwa in der, ob die Sondermittel zur Bekämpfung der Krisenfolgen durch den Krieg nur dazu da sein sollen, dass der Staat seine eigenen Probleme und Einnahmeausfälle bekämpft oder sich auch um Entlastungen für die Bürger*innen kümmert, vor allem die Haushalte mit weniger Geld. Eher ist zu hören: »Wählen hat für uns eh keine Auswirkungen mehr.«

Zu spüren ist die jahrelange Abwesenheit der LINKEN als Bundespartei in fast allen großen gesellschaftlichen Debatten. Es gibt zu wenig Beiträge und Impulse, die der Wirklichkeit standhalten und auf die veränderten Realitäten passen. Immer, wenn in der Welt etwas Wichtiges passiert, über das alle reden, das aber im Grundsatzprogramm der LINKEN so nicht vorgesehen war, fliegt die Partei aus der Kurve. Eine Pandemie, ein russischer Überfall auf ein europäisches Nachbarland, eine kurze Phase faktisch offener Grenzen, die Verkürzung der Zeit für die Klimawende auf wenige Jahre, oder das Ende der klassischen neoliberalen Form der Globalisierung: Das war bei Gründung der Partei nicht erwartet worden, darauf müssen Antworten jetzt gefunden werden. Im Kleiderschrank nachsehen, was noch wie neu erscheint und am wenigsten spannt, wird nicht ausreichen.

Dabei ist die zentrale Aufgabe der kommenden Phase überdeutlich. Sie liegt darin, die notwendigen Veränderungen nicht nur zu beschwören oder zu ermöglichen, sondern tatsächlich in kurzer Zeit durchzusetzen – und gleichzeitig real sicherzustellen, dass die soziale Schieflage dadurch nicht zunimmt, sondern stattdessen verringert wird. Was die gesellschaftliche Linke dafür an Instrumenten im Schrank hat, reicht einfach nicht aus, und die LINKE leistet bislang keinen vorwärtsweisenden Beitrag, sich neu auszurüsten. Es wird keinen Schalter geben, den man einfach umlegt und der es erspart, jahrelang Versäumtes mit großer Anstrengung nachzuholen. Von den Praxiserfahrungen der LINKEN in Berlin, Bremen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern lernen zu wollen, wäre ein guter Anfang.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

